

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 17. Jänner.

Das Abgeordnetenhaus wählte das bisherige Präsidium wieder.

Das Haus begann sodann die erste Lesung des Etats und des neuen Steuergesetzes.

Abg. v. Seydebrand (konservativ) sprach zunächst den tapferen Kämpfern draußen den unauslöschlichen Dank des Hauses aus. (Lebhafte Beifall.)

In Besprechung des Etats betonte Redner die Notwendigkeit der größten Sparjamkeit und erklärte namens seiner Partei das Einverständnis mit dem Grundsatz des neuen Steuergesetzes.

Redner drückte sodann seinen Stolz über die anerkennden Worte der Thronrede für das preussische Volk aus. Er wies auf den Geist der Kameradschaftlichkeit unter dem preussischen Stamme und den anderen Stämmen als eine der herrlichsten Erscheinungen des Krieges hin.

Bezüglich der Stelle der Thronrede, die auf die geplante Aenderung des Wahlrechtes hinzudeuten scheint, erklärte Redner, wiederholt von den Sozialdemokraten durch Zwischenrufe unterbrochen, seine Partei gebe bei voller Anerkennung der Vortrefflichkeit der Grundlagen des Wahlrechtes zu, daß gewisse Schwächen vorhanden seien. Aber die Frage jetzt erledigen zu wollen, würde den Interessen des Landes direkt widersprechen, wenn man nicht etwa zur Meinung kommen wollte, daß die Erledigung der Wahlfragen wichtiger sei als die Erledigung der Fragen, die mit dem Kriege selbst in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Jammern und Friedenswünsche aussprechen, führe zu nichts; es müße nur feste Entschlossenheit. (Lebhafte Beifall.)

Redner fuhr fort: Wir tragen nicht die Verantwortung für den Krieg. Die Verantwortung tragen jene, die ihn heraufbeschworen haben, und derjenige ist fast unser schlimmster Feind, der, wie Mexiko, den Krieg um Jahresfrist ver-

längerte. Daß die Leute, die seit Jahresfrist nichts als Niederlagen erlitten, die Sieger mit Vernichtung bedrohen, hat nicht mehr einen lächerlichen, sondern geradezu einen pathologischen Charakter. Die Gegner rechnen darauf, daß das deutsche Volk nicht einig bleiben könnte und nicht die materielle Kraft hätte, durchzuhalten. Das Ausland täuscht sich. Wir können, werden und müssen auch von trockenem Brot leben und auch hungern, wenn es nicht anders sein kann. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen durchhalten, weil es die Feinde wollen. Wir können durchhalten, wenn jeder seine Pflicht erfüllt. Allen, die draußen kämpfen, wollen wir, wenn sie wiederkommen, mit offener Stirne entgegenreten, um zu sagen: Ihr habt das Vaterland gerettet, aber auch wir taten dabeln für das Vaterland, was wir konnten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen rechts.)

Abg. Bachmaier (Volkspartei) betonte bezüglich der Wahlreform, ein Volk, das geleistet habe, was der deutsche Krieger leistete, verdiene Vertrauen. Das Volk habe sich politisch reif gezeigt und müsse auch staatsrechtlich so behandelt werden. Es wäre eine Erschütterung der Autorität der Regierung, wenn man das, was in der Stunde der Not versprochen worden sei, in der Stunde des Glücks vergessen wollte. Bei aller Würdigung der Leistungen Preussens für das Reich warne Redner vor partikularistischen Strömungen. Der Reichsbau solle ein immer festeres Gefüge erhalten. Er solle so fest werden, daß er allen Stürmen trotzen könne, die vielleicht noch kommen werden. (Beifall.)

Abg. Herold (Zentrum) hob die Notwendigkeit hervor, die breiten Schichten des Volkes zu ihrem Rechte kommen zu lassen.

Abg. Girsch (Sozialdemokrat) betonte, auch die Sozialdemokraten wollen nicht, daß die politische oder wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes angetastet werde, verlangen aber das Gleiche auch für andere Völker. Sie fordern insbesondere, daß die völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens wiederhergestellt werde. Redner brachte eine Reihe von Beschlüssen auf wirtschaftlichem Gebiete vor und forderte die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes als besten Dank für jene, die draußen kämpfen.

Minister des Innern Dr. v. Loebell

begann seine Ausführungen mit einem Dank an die herrliche Armee, die im Vereine mit den österreichisch-ungarischen und den bulgarischen Truppen Heldentaten vollbrachte.

Unsere tapferen Verbündeten, fuhr der Minister fort, eroberten die Hauptstadt Montenegro und verfolgten den geschlagenen Feind. Einzig stehen die Laten in der Weltgeschichte da. Das Errungene ist eine Gewähr des endlichen, siegreichen Triumphes über die Feinde. Deutschland mußte den Weltkrieg auf sich nehmen. Das deutsche Volk trägt ihn unter großen Opfern mit felsenfestem Willen zum Siege; Deutschlands Aufgabe ist und muß sein, in siegreichem, ruhmvollem Frieden Sicherheiten zu erringen, die Deutschland nach Menschenmessen einen langen Frieden gewährleisten, die realen Sicherheiten, die es den Feinden unmöglich machen, uns noch einmal überraschend in konzentrischem Angriff zu überfallen, die Sicherheiten, die Deutschlands künftige Entwicklung bereiten. In den Erfolgen des Krieges reift die Saat der preussischen Geschichte zur vollen Ernte. Der Geist des Militarismus, den das Ausland neidvoll gemißt, ist in der Schule des preussischen Staates groß geworden, den Feinden zum Schrecken, dem deutschen Vaterlande zum Segen und zur Rettung in Zeiten höchster Gefahr. Der Minister dankte den Organen der Staats- und Selbstverwaltung für die Bewältigung ihrer schweren Aufgaben und wies auf den Wiederaufbau Ostpreussens hin, der unverändert im Mittelpunkt der Kriegsaufgaben stehe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Sieg der Deutschen und ein siegreicher Frieden die Sicherheiten schaffen werden, daß Ostpreußen zum letzten Male von Feinden heimgesucht worden sei. Die Aufgaben, die die Regierung schon jetzt im Kriege als im Frieden bevorstehend erkennt, seien solche, die die Kriegszeit bereits als notwendig erkennen lasse.

Der Minister erwähnte ausdrücklich in diesem Zusammenhange die dem Kriege folgenden abschließenden Arbeiten an den für die Abgeordnetenwahlen gültigen Bestimmungen und wies die Auffassung zurück, als ob die Lösung der Frage etwas wie ein politisches Entgelt für patriotische Pflichterfüllung sei. Er betonte, die Regierung sehe in der inneren, großer Stunde gewonnenen Einmütigkeit der Parteien einen zu kostbaren Gewinn der Kriegszeit, um nicht alles zu seiner Erhaltung zu tun. Die Regierung sei deshalb auch entschlossen, wenn die Waffen ruhen, das politische Leben Preussens und Deutschlands von dieser Frage dauernd zu entlasten.

Gegenstand der Prüfung im Kriege und der Lösung nach dem Frieden seien auch die Gesetzgebung und die Verwaltungspraxis, die die preussischen Staatsangehörigen polnischer Abkunft betreffen. Endgültiges, sagte Redner, kann auch hier mitten im Kriege nicht geschehen, umso weniger angesichts der Tatsache, daß möglicherweise die Verhältnisse jenseits der preussischen Ostgrenze nach dem Kriege in der einen oder anderen Weise eine geänderte Gestaltung gewinnen. Die Preußen polnischer Abkunft mögen die Sicherheit haben, daß die Regierung in die Prüfung der die polnischen Interessen angehenden inneren Politik mit aller Objektivität und Wohlwollen eintreten wird, welche die Haltung der ostpreussischen Polen in diesem deutschen Lebenskampfe gebietet. Bis dahin muß es genug sein mit einer milden, den berechtigten Interessen der preussischen Staatsbürger polnischer Herkunft entgegenkommenden Handhabung der geltenden Gesetzesbestimmungen.